

**Redebeitrag von Gisela Reher (AntiLager Gruppe Hamburg)
bei der Demo in Bremen am 07.01.2006
zum Jahrestag des Todes von für Laye-Alama Conde**

Hallo,

ich bin Gisela von der AntiLager Gruppe aus Hamburg und wir sind zusammen mit einigen Leuten vom FR Hamburg zu der heutigen Demo und Gedenkveranstaltung für Laye-Alama Conde nach Bremen gefahren, um unsere Solidarität mit den Opfern von Rassismus und staatlicher Gewalt kundzutun und Eure Forderungen zu unterstützen.

Ein Teil der Leute, die heute aus Hamburg gekommen sind, war auch aktiv in der Kampagne gegen Brechmitteleinsätze, die sich nach dem Tod von Michael Paul Nwabuisi - besser bekannt unter dem Namen Achidi John - im Dezember 2001 in Hamburg gründete. Achidi war ein junger Mann um die 20, der am 9.12. 2001 bei einem brutalen Brechmitteleinsatz im Rechtsmedizinischen Institut des Universitätskrankenhauses Eppendorfs zu Tode kam.

Zur Erinnerung: die Brechmitteleinsätze wurden in Hamburg im August 2001 kurz vor der Bürgerschaftswahl von einer rot-grünen Regierung eingeführt. Dies war als eine populistische Maßnahme gedacht, um Wählerstimmen am rechten Rand abzugraben. Diese Taktik ging bekanntlich nicht auf, der SPD/GAL - Senat wurde abgewählt und Achidi das erste Todesopfer dieser rechtspopulistischen Politik. Der nachfolgende rechte Schwarz/Schill - Senat setzte dann diese Linie der ausgrenzenden, rassistischen Politik insgesamt und der ansonsten völlig verfehlten und symbolischen Drogenpolitik in Hamburg verschärft fort und sah auch nach dem Brechmitteltod von Achidi keinen Anlass, diese Politik zu ändern.

Die Kampagne gegen Brechmitteleinsätze versuchte damals über einen längeren Zeitraum Öffentlichkeit herzustellen und politischen Druck gegen diese Politik zu erzeugen: zuerst durch eine großformatige Zeitungsanzeige, Strafanzeigen, dann durch verschiedene Veranstaltungen, Presseerklärungen, Flugblätter und offene Briefe, Demonstrationen und Mahnwachen vor der Uni - Klinik Eppendorf, Kontaktaufnahme zu den Eltern von Achidi und Vermittlung einer Anwältin zur juristischen Aufarbeitung des Falles, ein Benefiz – Konzert für die Prozeßkosten, eine Mitteilung an die das Antifolter – Komitee der Vereinten Nationen und vieles andere mehr.

Leider haben unsere Bemühungen kaum etwas bewirkt: die genauen Umstände von Achidis Tod wurden nie aufgeklärt, die Staatsanwaltschaft Hamburg weigerte sich ein ordentliches Ermittlungsverfahren gegen die beteiligte Ärztin und Polizeibeamten sowie die politisch Verantwortlichen einzuleiten, sie wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Die Anstrengungen von Achidis Eltern reguläre Ermittlungen zu erzwingen, wurden vom Hanseatischen Oberlandesgericht abgeschmettert, der juristische Weg ihnen Gerechtigkeit und Entschädigung für den Tod ihres Sohnes zu kommen zu lassen, wurde versperrt. Die Brechmitteleinsätze werden unvermindert fortgesetzt.

Daß der inzwischen alleinregierende CDU – Senat in Hamburg unbeirrt an dieser Politik festhält und weitere Brechmitteltote billigend in Kauf nimmt - trotz des tragischen Ereignisses im Dezember 2001 und selbst nach dem 3 Jahre später erfolgtem tödlichen Brechmitteleinsatz in Bremen, ist ein politischer und gesellschaftlicher Skandal. Doch leider hat sich seitdem das gesellschaftliche Klima nach der Debatte, ob Folter in bestimmten Fällen erlaubt sein darf, dem Antiterrorkampf und den jüngsten Auseinandersetzungen über CIA – Praktiken, Verhörmethoden und deren Verwertbarkeit noch erheblich verschlechtert. Menschenrechte und das Folterverbot gelten nicht mehr absolut. Wir halten weiterhin

dagegen, dass auch straffällig gewordene Menschen nicht einer unmenschlichen und oder erniedrigenden Behandlung unterworfen werden dürfen – auch für Leute, die illegale Drogen verkaufen gelten diese Menschenrechte !! Sie haben, selbst wenn sie mit den deutschen Gesetzen in Konflikt geraten sind, als Personen Anspruch auf Wahrung ihrer Menschenwürde. Es sollte in einem demokratischen Staat eigentlich selbstverständlich sein, daß auch Beschuldigte einer Straftat das Grundrecht auf körperliche und seelische Unversehrtheit, auf eine Behandlung, die nicht ihre Gesundheit und ihr Leben gefährdet und die die Menschenwürde der Betroffenen respektiert, genießen. Die Brechmitteleinsätze widersprechen diesem Gebot, sie sind unverhältnismäßig und erwiesenermaßen gefährlich. Ärztliche Standesorganisationen und selbst der Deutsche Ärztetag haben sich wiederholt gegen die gewaltsame Verabreichung von Brechmitteln ausgesprochen.

Aus Presseberichten und aus Untersuchungsprotokollen haben wir erfahren, welchen Torturen Achidi John und auch Laye – Alama Conde während der Brechmittelvergabe ausgesetzt waren. Das Erschütternde für uns war jedesmal die Tatsache, dass Menschen, die eigentlich dafür ausgebildet worden sind und deren Aufgabe es ist, Menschenleben zu schützen und zu bewahren – und die durch ihre Berufsethik und den sog. Hypokratischen Eid auch an diese Grundsätze gebunden sind, sich an solchen menschenverachtenden Maßnahmen maßgeblich beteiligen und sich so zum Handlanger einer reaktionären und verlogenen Politik machen.

Seit dem Tod von Achidi im Dezember 2001 bis September 2005 wurden am Institut für Rechtsmedizin der Universitätsklinik Eppendorf ungefähr 495 Brechmitteleinsätze durchgeführt, wovon die allermeisten allerdings ohne den Einsatz einer Magensonde erfolgten, wahrscheinlich weil die Betroffenen aus Angst vor den Folgen und der quälerischen Prozedur das Brechmittel lieber “freiwillig” schluckten. Über 90 % der Brechmitteleinsätze wurden laut behördlicher Statistik an Menschen afrikanischer Herkunft vorgenommen.

Wir wissen, wie auch das Motto der heutigen Veranstaltung feststellt, dass Rassismus tötet. Die Fälle von Achidi John, Laye – Alama Conde und der ebenfalls vor einem Jahr in einer Dessauer Polizeizelle verstorbene Oury Jalloh bestätigen dies. In diesem Land werden insbesondere Menschen afrikanischer Herkunft Opfer eines institutionalisierten Rassismus, der sich u.a. in Form der Residenzpflicht manifestiert. Sie sind mehr als alle Anderen permanenten rassistischen Polizeikontrollen und rassistischer Polizeigewalt ausgeliefert. Durch die Drogenverbotspolitik und die Brechmittelvergabe werden sie bevorzugt Opfer unmenschlicher und erniedrigender Behandlung. Das können und wollen wir nicht widerspruchslos hinnehmen !!

Schluß mit der Brechmittelvergabe in Hamburg, Bremen und anderswo !!!
Verurteilung und Bestrafung der Täter und der politisch Verantwortlichen !
Öffentliche Rehabilitierung der Opfer und Entschädigung ihrer Familien !!!

Gisela Reher